

Richtlinie zur Förderung von Unternehmen, Freiberuflern und Existenzgründern in der Stadt Delmenhorst

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

- 1.1 Die Stadt Delmenhorst gewährt Unternehmen, Freiberuflern und Existenzgründern zur wirtschaftlichen Stärkung des Standortes Delmenhorst nach Maßgabe dieser Richtlinie finanzielle Zuwendungen. Ziel der Förderung ist die Schaffung neuer oder die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze in Delmenhorst.
- 1.2 Die Zuwendungen erfolgen unter Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013, ABl. L 352/1 (De-minimis-Verordnung) oder der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014, ABl. L 187/1 (AGFVO) jeweils in der zum Bewilligungszeitpunkt gültigen Fassung.
- 1.3 Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung. Die Stadt Delmenhorst entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel über die eingereichten Förderanträge.

2 Gegenstand der Förderung

- 2.1 Die Stadt Delmenhorst fördert folgende Vorhaben, die in Zusammenhang mit der Tätigkeit von Investitionen sowie der Schaffung bzw. Sicherung von Dauerarbeitsplätzen am Standort Delmenhorst stehen:

- die Errichtung einer Betriebsstätte
- die Erweiterung einer Betriebsstätte
- die Verlagerung einer Betriebsstätte
- die Änderung des Produktionsverfahrens
- der Erwerb einer von der Stilllegung bedrohten oder bereits stillgelegten Betriebsstätte (zu Marktbedingungen)

Gefördert wird auch eine Kombination der vorhergenannten Vorhaben.

- 2.2 Folgende Vorhaben, die nicht im Zusammenhang mit der Schaffung oder Sicherung von Dauerarbeitsplätzen stehen, sind ebenfalls förderfähig:

- Die erstmalige Erstellung von Internetportalen oder die vollständige Überarbeitung von Internetportalen aufgrund einer Firmenumorganisation oder der Neueinführung eines Produktes.
- Jeweils die erstmalige Teilnahme an einer Messe im In- oder Ausland (Miete, Aufbau und Betriebskosten eines Standes, ausgenommen sind Personalkosten).
- Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen durch externe Berater. Ausgeschlossen sind fortlaufende oder regelmäßige Dienstleistungen, wie Steuer- oder Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung oder betriebsübliche Werbung.



- Die Technologie- und Innovationsberatung.
- Die Durchführung und Erstellung von Marketingmaßnahmen.
- Die Anmietung von Gewerbeflächen in der Stadt Delmenhorst.

2.3 Die Förderung greift, insoweit nicht andere Fördermaßnahmen (Bund/Land/EU) vorrangig sind.

3 Zuwendungsempfänger

3.1 Antragsberechtigt sind gewerbliche Unternehmen oder Unternehmer aus Industrie, Handwerk, Handel, Bau-, Verkehrs-, Dienstleistungs- und Beherbergungsgewerbe sowie Freiberufler mit Sitz oder Betriebsstätte in der Stadt Delmenhorst. Existenzgründer, die beabsichtigen, eine Betriebsstätte im Stadtgebiet zu errichten sind ebenfalls antragsberechtigt. Die Betriebsgröße des Antragstellers muss in jedem Fall der folgenden Definition der kleinen und mittleren Unternehmen gemäß Empfehlung der Kommission 2003/3618/EG vom 6. Mai 2003 (ABl. L 124/36 vom 20.05.2003) zuzuordnen sein:

- Kleine Unternehmen sind Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz oder einer Jahresbilanzsumme von maximal 10 Mio. Euro.
- Mittlere Unternehmen sind Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von maximal 50 Mio. Euro oder einer Jahresbilanzsumme von maximal 43 Mio. Euro.

3.2 Die in Artikel 1 Absatz 1 a – e der De-minimis-Verordnung sowie die in Artikel 1 Nr. 2 c – d, Nr. 3 a – d, Nr. 4 a – c, Nr. 5 a – c und in Artikel 13 der AGFVO genannten Förderbereiche sind von der Förderung ausgeschlossen.

4 Art, Umfang und Höhe der Förderung

Eine Abweichung von den folgenden Regelungen ist nur aus besonderen Gründen möglich.

4.1 Im Rahmen von Vorhaben, die im Zusammenhang mit der Schaffung oder Sicherung von Dauerarbeitsplätzen stehen, werden Zuschüsse als Festbetragsfinanzierung wie folgt gewährt:

- Schaffung von Dauerarbeitsplätzen: bis zu 2.500 € je Vollzeitarbeitsplatz.
- Sicherung von Dauerarbeitsplätzen: bis zu 1.000 € je Vollzeitarbeitsplatz.

Dauerarbeitsplätze sind Arbeitsplätze, die von vornherein auf Dauer angelegt sind. Dazu zählen sowohl Inhaber als auch Geschäftsführer, jedoch keine geschäftsführenden Gesellschafter. Teilzeitarbeitsplätze werden entsprechend der jeweiligen Wochenarbeitszeit, Saisonarbeitsplätze mit der jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit, sofern sie auf Dauer angelegt werden, anteilig gemäß ihrem Vollzeitäquivalent berücksichtigt. Teilzeitarbeitsplätze, die sozialrechtlich wegen Geringfügigkeit nicht zur Versicherungspflicht führen, sowie Aushilfskräfte, Praktikanten und ABM-Kräfte bleiben unberücksichtigt. Ein zusätzlich geschaffener Ausbildungsplatz wird wie ein Vollzeitdauerarbeitsplatz gewertet.



Eine arbeitsplatzbezogene Förderung ist nur möglich, wenn die förderfähigen Investitionskosten eines Vorhabens gem. Pkt. 2.1 dieser Richtlinie mindestens 5.000 € netto bzw., bei Nichtberechtigung zum Vorsteuerabzug, 5.000 € brutto betragen.

Die maximale Förderung für ein Vorhaben beträgt 50.000 €.

4.2 Im Rahmen von Vorhaben, die nicht im Zusammenhang mit der Schaffung oder Sicherung von Dauerarbeitsplätzen stehen, werden Zuschüsse als Anteilsfinanzierung zur Projektförderung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses zu den förderfähigen Kosten wie folgt gewährt:

- maximal 50 % der Netto-, bzw., bei Nichtberechtigung zum Vorsteuerabzug, der Bruttokosten eines Vorhabens gem. Pkt. 2.2 dieser Richtlinie, jedoch nicht mehr als 1.000 € pro Vorhaben. Die Antragsgewährung ist auf je ein Vorhaben pro Jahr begrenzt.
- Bei der Neuanmietung von Gewerbeflächen durch Existenzgründer werden für das gesamte Stadtgebiet bis zu 50 % der Nettokaltmiete, max. jedoch 1.000 € monatlich, bezuschusst. Neuanmietungen in Innenstadtlage werden auch außerhalb der Gründungsphase mit bis zu 50 % der monatlichen Nettokaltmiete, max. jedoch 1.500 € monatlich, bezuschusst. Der Mietzuschuss wird maximal für einen Zeitraum von 6 Monaten gewährt.

4.3 Nicht förderfähig gem. Pkt. 4.1 sowie 4.2 dieser Richtlinie sind

- Grunderwerb,
- Warenlager,
- Betriebs- und Verbrauchsstoffe,
- geleaste Wirtschaftsgüter,
- Mietkauf,
- gemietete und gepachtete Wirtschaftsgüter,
- Rabatt/Skonto,
- Sollzinsen,
- Eigenleistungen,
- erstattungsfähige Mehrwertsteuer,
- Ausgaben für den Wohnungsbau.

4.4 Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein und vor der Erteilung eines Zuwendungsbescheides nachgewiesen werden.

4.5 Die gewährten Zuschüsse dürfen in Bezug auf dieselben förderfähigen Kosten zusammen mit sonstigen Beihilfen der Europäischen Union, des Bundes oder des Landes oder sonstigen Beihilfen, die gesetzlich festgelegte Förderhöchstgrenze nicht überschreiten.

Es besteht ein Kumulierungsverbot zwischen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung des Landes aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“, (GRW) und der Förderung gemäß dieser Richtlinie.



5 Abwicklung

- 5.1 Anträge auf Gewährung einer Zuwendung sind vor dem Vorhabenbeginn an die Stadt Delmenhorst zu richten. Die Stadt Delmenhorst entscheidet unter Berücksichtigung von Pkt. 1.3 dieser Richtlinie fortlaufend über die eingereichten Anträge.
- 5.2 Eine Förderung nach dieser Richtlinie ist nur möglich, wenn bei Antragseingang mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde. Dabei ist als Vorhabenbeginn der erste Abschluss eines dem Vorhaben zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
- 5.3 Der Durchführungszeitraum, innerhalb dessen ein Vorhaben abgeschlossen sein muss, ist auf max. 36 Monate begrenzt und endet spätestens am 31.12. des zweiten Folgejahres.
- 5.4 An den Durchführungszeitraum schließt sich der 36-monatige Zweckbindungszeitraum an, in dem die geförderten Arbeitsplätze im Unternehmen vorzuhalten und zu besetzen sind.
- 5.5 Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt unter folgenden Rahmenbedingungen:
 - Der Zuschuss ist, soweit der Zuwendungsbescheid nichts anderes bestimmt, innerhalb von einem Monat nach Abschluss des Vorhabens schriftlich mit dem Vordruck „Verwendungsnachweis“ bei der Behörde abzurufen.
 - Der Verwendungsnachweis ist vom Steuerberater/Wirtschaftsprüfer zu testieren. Der Verwendungsnachweis setzt sich zusammen aus einem Sachbericht, einem zahlenmäßigen Nachweis sowie, bei Vorhaben gem. Pkt. 2.1 dieser Richtlinie, einem Nachweis über die Dauerarbeitsplätze.
- 5.6 Die Zuwendungsempfänger eines Vorhabens gem. Pkt. 2.1 dieser Richtlinie sind verpflichtet, nach Ablauf der jeweiligen Zweckbindungszeit die Zahl der im Zweckbindungszeitraum durchschnittlich sowie der aktuell vorhandenen Dauerarbeitsplätze unaufgefordert durch Bescheinigung des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers schriftlich nachzuweisen.
- 5.7 Der Zuschuss zzgl. Zinsen (5 % über dem Basiszinssatz) ist ganz oder teilweise zurückzuzahlen, wenn
 - der Betrieb vor Ablauf des unter Pkt. 5.4 dieser Richtlinie genannten Zweckbindungszeitraumes veräußert, stillgelegt oder an einen Standort außerhalb der Stadt verlagert wird,
 - über den Betrieb vor Ablauf des unter Pkt. 5.4 dieser Richtlinie genannten Zweckbindungszeitraumes ein Insolvenz- oder Insolvenzeröffnungsverfahren eröffnet wird,
 - die im Antrag angegebenen Dauerarbeitsplätze nicht geschaffen bzw. gesichert und mindestens für die Dauer des unter Pkt. 5.4 dieser Richtlinie genannten Zweckbindungszeitraumes besetzt bzw. dem Arbeitsmarkt vorgehalten wurden,
 - die weiteren Bedingungen des Bewilligungsbescheides sowie seiner Anlagen nicht eingehalten wurden.



Im Übrigen sind die Regelungen aus den §§ 48, 49 des jeweils geltenden Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) zu beachten.

- 5.8 Sämtliche Belege für das Vorhaben sind vom Bewilligungszeitpunkt an 10 Jahre aufzubewahren. Die Stadt Delmenhorst ist während dieser Zeit jederzeit berechtigt, die Originalbelege, die Antragsunterlagen, die Fördergrundlagen, die Erfüllung der Voraussetzungen und Bestimmungen und sonstige im Rahmen der Zuschussgewährung bedeutsamen Umstände im antragstellenden Unternehmen einzusehen, zu prüfen und darüber Erkundigungen einzuholen.
- 5.9 Die im Antrag gemachten Angaben werden zu subventionserheblichen Tatsachen im Sinne des § 264 StGB erklärt.

6 Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Richtlinie tritt zum 21.06.2017 in Kraft. Sie gilt bis zum 31.12.2020.

Delmenhorst, 21. Juni 2017

gez. Axel Jahnz
Axel Jahnz, Oberbürgermeister

